

Höher, schneller, weiter?

Grüne: Neuer Doppelhaushalt löst weder Probleme der Vergangenheit noch leistet er Vorsorge für die Zukunft

München (11.7.12/lem). Die Landtagsgrünen halten den Doppelhaushalt 2013/14 für einen „reinen Wahlkampfhaushalt“. „Die Regierung ist trotz hoher Steuereinnahmen nicht in der Lage, bei der Haushaltsaufstellung die selbst gemachten Probleme aus der Vergangenheit zu lösen und Vorsorge für die Zukunft zu leisten“, erklärt die haushaltspolitische Sprecherin **Claudia Stamm**.

Wenn die Ideenmilliarde in den sogenannten ‚Aufbruch Bayern‘ fließe, dann sei das ein erneuter Etikettenschwindel. Es zeige nur, dass die Staatsregierung nur Ideen für neue Namen, aber nicht für neue Politik habe. Wer außerdem behauptete Schulden zu tilgen, während er gleichzeitig die Landesbankrisiken außer Acht lasse und den Pensionsfonds abbaue, der begehe eine grobe Täuschung der WählerInnen. Investitionen in Kinderbetreuung seien reine Nachholinvestitionen und das Eigenlob der Regierung eher peinlich. „Schlimm genug, dass Bayern hier so einen großen Nachholbedarf hat.“

Die hier groß als neu verkauften 2000 neuen Stellen für BeamtInnen seien nichts als heiße Luft. „Bis 2014 müssen laut Haushaltsgesetz in allen Ressorts insgesamt 1100 Stellen abgebaut werden und 900 Stellen braucht man, um die Arbeitszeitverkürzung auszugleichen. Damit bleibt von den angeblich 2000 neuen Stellen nichts übrig.“

Wie **Claudia Stamm** betont, liegen die Probleme förmlich auf der Straße. „Aber mit der Reparatur von heruntergekommener Infrastruktur und einem ausreichenden Unterhalt für Gebäude lässt sich eben kein Wahlkampf machen.“ Hier zeige sich, dass die Staatsregierung keine Politik für Bayern, sondern Politik für die CSU mache. Denn der Haushalt 2014 sei völlig offen und nichts anderes als ein Wahlversprechen. Nach der Wahl werde es dann einen Nachtragshaushalt 2014 geben und je nach Wirtschaftslage müssten die Versprechen dann wieder kassiert werden – von wem auch immer. Spätestens im nächsten Konjunkturabschwung komme es also wieder zu einer Vollbremsung. „Eine strukturelle Konsolidierung überlässt Seehofer offensichtlich seinen Nachfolgern“, so **Claudia Stamm**.